

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Dem Haushalt des letzten Jahres haben wir zugestimmt, weil wir am Ende der Haushaltsberatungen keine Alternative sahen zum auch damals unbefriedigenden Gesamtplan.

Zur Orientierung: In Anbetracht der problematischen Haushaltslage, bei der ein Ausgleich nur durch massive Griffe in die Rücklagen und durch Grundstücksverkäufe zu erzielen war, ging es uns darum, das städtische Leben so weit aufrecht zu erhalten, dass bei besserer Kassenlage vorhandene Strukturen wieder ausgebaut werden könnten. Wir sahen, dass sich die Stadt im Rahmen der im letzten Jahr denkbaren Möglichkeiten um dieses Ziel bemühte, wir wollten auch dokumentieren, dass wir als Mitregierende in Land und Bund einen Teil der Finanzprobleme mit zu verantworten haben. Wir haben unsere sozialen und ökologischen Wünsche schweren Herzens zurückgestellt in der Hoffnung, dass ein Haushalt, der das Sparsamkeitsgebot beachtet, wenigstens der Zukunft Perspektiven eröffnet.

Die Situation hat sich leider gegenüber dem Vorjahr nicht gebessert, im Gegenteil. Der Haushaltsentwurf steht auf noch wackligeren Füßen als der letzte. Das strukturelle Defizit hat sich noch vergrößert, in Ermangelung größerer Rücklagen kann ein Haushaltsausgleich auf dem Papier nur noch gelingen, indem extrem hohe Grundstücksverkaufserlöse angesetzt und große Teile davon aus dem Vermögenshaushalt für den Ausgleich des Verwaltungshaushalts umgeschichtet werden.

Wir hätten die Kommunen gern besser mit finanziellen Mitteln für die Erfüllung ihrer Aufgaben ausgestattet. Aber in manchen Bereichen war zwischen Bundestags- und Bundesratsmehrheit ein Konsens nicht herzustellen (es ging zum Beispiel um die Frage, ob die Gewerbesteuer ganz abzuschaffen sei und dafür ein erhöhter Anteil an der Einkommensteuer an die Kommunen zu überführen sei oder ob die Gewerbesteuer auf verbreiterte Grundlage zu stellen und damit zu verstetigen sei – die fehlende Einigung kostet die Kommunen in diesem Jahr über 2 Mrd €). Dies Thema war und ist in HFA und Rat genauso strittig. Auch stockt die Durchführung eines weit gehenden Subventionsabbaus, die Bund und Land Luft für eine bessere Alimentierung der Kommunen geben würde, an nicht zu überbrückenden Differenzen zwischen Bundestags- und Bundesratsmehrheit. Die Erkenntnis, dass hier ein wesentlicher Faktor für einen Reformstau zu sehen ist, ist zwar da, der politische

Weg zur Lösung der Bund-Länder-Problematik scheint auf absehbare Zeit aber wieder verbaut.

Mit der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im SGB II besteht dafür große Hoffnung, dass die Kommunen real entlastet werden. Dies gilt es allerdings genau zu beobachten, denn wir bewegen uns hier alle auf Neuland, und die eigentliche Zielsetzung des Hartz IV-Konzeptes konnte noch gar nicht in Angriff genommen werden, da die von der Arbeitsagentur überlassenen Daten erst einmal für die kommunale Praxis aufbereitet werden müssen. Der derzeit zu konstatierende extreme Anstieg der offiziellen Arbeitslosenzahlen beruht im Übrigen nicht auf einem Realanstieg, sondern erklärt nur viele bisher von der Sozialhilfe Erfasste für arbeitsfähig, was zumindest Klarheit über die Dimension der Problematik schafft und Hoffnung auf veränderte Verhältnisse in der Zukunft gibt. Damit kann der kommunale Haushalt langfristig weiter entlastet werden, wenn unsere kommunalen Betreuungs- und Vermittlungsinstrumente greifen. Hier ist der Verwaltung für ihre bisherige Arbeit ein hohes Lob auszusprechen. Wir hoffen auch, dass die Betroffenen diese Änderung als Chance ansehen, in Zukunft ein selbst finanziertes Leben zu ergreifen.

Das Credo von Steuersenkungen als Allheilmittel für einen Konjunkturaufschwung und daraus resultierende Steuermehreinnahmen steht seit Ronald Reagan im Raum, hat aber außer einer zunehmenden Staatsverschuldung wenig Effekte gehabt. Die Mehrheit dieses Stadtrates setzt zwar nicht offen auf Steuersenkungen, will aber den Weg maßvoller Steuererhöhungen in den Bereichen, wo wir als Stadt eigene Gestaltungsmöglichkeiten haben, nicht mitgehen. Sie verstecken sich hinter den Vorgaben des Landes zu den Hebesätzen, ohne Mut zu notwendigen Schritten zur Konsolidierung des Haushalts zu haben. Dabei steht im Art.28 GG (2): "Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle." Wir müssen also selbst das Nötige tun, um für die Zukunft handlungsfähig zu bleiben. Das gehört auch zu unserem Verständnis von Nachhaltigkeit.

Der Nachhaltigkeit verpflichtet fühlen wir uns seit unserer Gründung. Die Ratifizierung des Kyoto-Abkommens in der vorletzten Woche, die vom damaligen Umweltminister Töpfer mit ausgehandelt wurde und die der heutige

Umweltminister Trittin würdigen konnte, zeigt eigentlich eine Gemeinsamkeit der Zielvorgaben. Nachhaltigkeit bezieht sich nun allerdings nicht nur auf den Schutz von Umwelt und materiellen Ressourcen, sondern auch auf die Handlungsfähigkeit künftiger Generationen. Und jeder Euro, der mehr an Schulden aufgenommen wird, und jedes Grundstück, das nur zur Schuldenvermeidung verkauft wird, wird unsere Handlungsmöglichkeiten und –freiheiten in Zukunft einschränken, wenn nicht gar unmöglich machen.

Wir müssen unsere eigenen Hausaufgaben machen. Bedauerlich ist, dass uns dabei vom Kreis beaufsichtigte Unternehmen größte Schwierigkeiten bereiten, die uns Gewerbesteuerausfälle, ja sogar Rückforderungen beschert haben. Bei der Fusion der Kreissparkassen der Kreise Borken und Coesfeld haben Vorstände und Aufsichtsgremien zum Nachteil des Kreises Coesfeld und damit auch der Stadt Lüdinghausen politische Willenserklärungen vor betriebswirtschaftliche Erkenntnisse gesetzt, ja ihrer Aufsichtspflicht nicht genügt.

Kommen wir jetzt konkret zu dem vom Bürgermeister eingebrachten Haushaltsentwurf und den folgenden Haushaltsberatungen:

Wir begrüßen die Offenheit des Kämmers bei der Darlegung und Einschätzung der Fakten, insofern war mit der Verwaltung insgesamt eine sachliche Diskussion über Zahlenmaterial und Perspektiven möglich. Differenzen in der Bewertung waren durchaus erkennbar, Alternativen wurden als politisch zu bewertende Entscheidungen aber nicht aus der Verantwortlichkeit des Rates und seiner Ausschüsse entlassen.

In der Theorie heißt es und in Nachbargemeinden scheint es auch noch möglich zu sein, dass der Verwaltungshaushalt Überschüsse erwirtschaftet, die für Investitionen im Vermögenshaushalt genutzt werden können. Aber wie sieht unser Verwaltungshaushalt aus? Die Einnahmen bleiben massiv hinter den Ausgaben zurück.

Deshalb gehören beide Bereiche auf den Prüfstand: Kann die Einnahmesituation aus eigener Kraft verbessert werden? Unser Antrag: Maßvolle Erhöhung von Gewerbesteuer und Grundsteuer B! Da die Steuermessbescheide inzwischen vorliegen, kann jede Hausbesitzerin überprüfen, welche Belastung das für sie bedeutet hätte: Bei mir hätte das rund 4 € bedeutet – im Jahr! Das nicht leisten zu können oder vom falschen Signal zu sprechen verschiebt die Maßstäbe, denn wir benötigen das Geld. Die Suche nach Verminderung der

Ausgaben gestaltete sich nämlich als äußerst schwierig: Mancher zu streichende Ansatz war keine echte Streichung, denn er taucht an anderer Stelle (z.B. im Kreishaushalt und damit bei der Kreisumlage) wieder auf. Und der Denkansatz, durch vertretbare Reduzierung von Standards (z.B. bei der Parkpflege) Ausgaben zu kürzen, scheint an der Struktur des Baubetriebshofes zu scheitern. Bei den Schulen war die Reduzierung des Putz- und Pflegestandards vor Jahren übrigens problemlos möglich.

In vielen Bereichen des Verwaltungshaushalts sehen wir allerdings auch keine Möglichkeit der Einsparung mehr, da sonst das städtische Angebot die Mindestanforderungen nicht mehr erfüllen würde. Auch müssen wir die planerischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass auch vor Ort ein ausreichendes Betreuungsangebot für Kinder geschaffen wird, damit vor allem junge Mütter wieder in das Berufsleben integriert werden. Mit der Einführung der Ganztagsgrundschule ist dieser Weg beschritten worden – unser Dank gilt dem Beigeordneten Dr. Scheipers, der mit Zielstrebigkeit die Voraussetzungen geschaffen hat. Wir erwarten, dass wir nach einer Spitzabrechnung im Sommer dieses Jahres über die Auswirkungen von Hartz IV für den städtischen Haushalt auch die Mittel zur Verfügung haben werden, die wir für ein Betreuungsangebot für unter Dreijährige benötigen. Damit können wir es auch schaffen, Alleinerziehende aus der Sozialhilfe in den regulären Arbeitsmarkt zu überführen, was uns letztlich sogar Geld spart.

Der Ausgleich des Verwaltungshaushalts und damit des Gesamthaushalts soll gelingen, indem fast 3,5 Mio € aus dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Dass diese immense Summe durch Grundstücksverkäufe eingenommen werden kann, ist eine Hoffnung, der die Verwaltung selbst nicht ganz traut, denn durch die überraschend doch noch vorhandene Restrücklage von rd. einer halben Mio € hat die Verwaltung den Ansatz für Grundverkaufserlöse formal um 400T € gesenkt. Wir hätten ja auch die Rücklage entsprechend erhalten können. Aber dem traut die Verwaltung wohl selbst nicht. Wir werden im Laufe des Jahres einzuschätzen haben, ob der Ansatz eingehalten werden kann.

Selbst wenn hier der erwartete Ansatz erzielt werden kann, ist damit nicht automatisch eine bessere Entwicklung der Stadt gegeben. Eine zu massive Ausweitung der Gewerbeflächen, vor allem aber der Wohnflächen birgt die Gefahr eines ungesunden Wachstums in sich, denn Folgekosten einer solchen Entwicklung wurden selten einkalkuliert.

Durch die hohe Zuführung an den Verwaltungshaushalt bleiben nur wenige Mittel für investive Maßnahmen übrig. Das ist bedauerlich, denn wir schieben einen erheblichen Investitionsstau vor uns her. Auch fehlen vor allem der heimischen Wirtschaft dadurch die Aufträge. Um so wichtiger ist es, das noch zur Verfügung stehende Geld sinnvoll einzusetzen. Unser Antrag über die Verschiebung des Ersatzes der Fußgängerbrücke über die Peperlake sollte diesem Zwecke dienen. Leider ist die Mehrheit unserem Antrag nicht gefolgt. Wahrscheinlich wird es wohl dazu kommen, dass diese Brücke erst dann ersetzt wird, wenn die benötigten Mittel auch erwirtschaftet worden sind – unserer Einschätzung nach nicht mehr in diesem Jahr.

Größere Investitionen in Lüdinghausen scheinen nur noch im Bereich des Abwassers möglich zu sein, weil hier die Gebühren einen ausgeglichenen Haushalt ermöglichen. (Um so unverständlicher, dass bei der vergleichbaren Grundsteuer B Verwaltungsspitze und die anderen Fraktionen eine ähnliche Ehrlichkeit nicht an den Tag legen). Und dann haben wir noch die Hoffnung auf Investoren aus dem privaten Bereich, wobei mancher Investor uns seit Jahren hängen lässt. Bei anderen Plänen wie zum Beispiel der Bürgerhalle haben wir darauf zu achten, dass wir nicht in die Rolle eines Zuschussgebers gedrängt werden. Das können wir uns nicht einmal im ersten Jahr leisten. Wir hoffen, dass die neue Konzeption des Hallenbades tragfähig ist, warnen aber vor weiteren Risiken.

Insgesamt muss die Stärkung der Innenstadt unsere nächste Großaufgabe sein. Mit der Wiedervermietung der Neukauf-Flächen haben wir die Hoffnung, dass sich der Marktbereich wieder belebt. Die Grundstücke zwischen Borg und Mühlensteve müssen einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden, denn hier liegt erhebliches städtisches Eigentum brach. Ein nicht wirtschaftlich zu betreibendes Parkhaus gehört für uns nicht dazu!

Auch muss die städtebauliche Entwicklung an den von der Stadt erworbenen Grundstücken am Wolfsberg vorangetrieben werden. Die jetzt geschaffene Lage ist äußerst unbefriedigend, eine Zukunftsperspektive für die dorthin geflossenen städtischen Mittel ist bisher nicht zu erkennen.

Gerade weil kein Geld in der Kasse ist, ist Phantasie gefragt bei der Zukunftsgestaltung unserer Stadt!

Bei den Haushaltsberatungen ließen die größeren Fraktionen Phantasie gerade nicht erkennen. Die CDU verschanzte sich hinter dem Haushaltsentwurf der Verwaltung, Möglichkeiten zur Verbesserung der Einnahmesituation oder zur Verringerung der Ausgaben wurden nicht genutzt. Haushaltsrelevan-

te Vorschläge der SPD habe ich gar nicht vernommen. So standen nur unbequeme Anträge der beiden kleineren Fraktionen zur Abstimmung, jeweils mit durchaus unterschiedlicher Zielsetzung, aber der gleichen Konsequenz, nämlich das strukturelle Defizit des Haushalts zu mindern, wenn es nicht zu vermeiden war.

Während die FDP dabei die Last auf wenige Schultern, nämlich im Wesentlichen die der städtischen Bediensteten, legen wollte, strebten wir eine gleichmäßige Anhebung der kommunalen Steuern für alle an, um den sozialen Ausgleich zu wahren. Bei manchen eher symbolischen Anträgen waren wir uns sogar einig – aber selbst dabei wollten die großen Fraktionen nicht mitziehen. Die Taktik der CDU, ihr Nichtstun mit dem Verweis auf Rot-Grün zu rechtfertigen, war ihr am Ende wohl selbst etwas suspekt. Deshalb kam uns auf der HFA-Sitzung vorgestern ganz unvermittelt, ja im Wortlaut selbst großen Teilen der CDU unvermittelt, ein Antrag auf den Tisch, der mittelfristig mögliche Einsparpotenziale ausloten soll. Deutlich werden muss aber, dass wir nicht mittelfristig vor Problemen stehen, sondern dass wir mitten drin sind. Hier nicht rechtzeitig die richtigen Zeichen mit gesetzt zu haben, werfen wir Bürgermeister und Mehrheitsfraktion vor – und deshalb lehnen wir den Haushaltsentwurf des Jahres 2005 ab!!